



Minderjährige sind auf neutrale Hilfe angewiesen, wenn ihr Leben aus den Fugen gerät: Spielende Kinder auf dem Campingplatz an der Axenstrasse. (Sisikon, 28. Juli 2016)

Eine Stimme für die Kleinen

Nationalrätinnen wollen nationale Anlaufstelle für Kinder – gegen Willen des Bundesrats

Die Landesregierung soll eine neue Kinder-Ombudsstelle einrichten. Jährliche Kosten: eine Million Franken.

René Donzé

Das Mädchen hätte nie in ein geschlossenes Jugendheim gehört: Schnell erkannte die Leiterin, dass ihr Heim der falsche Ort für dieses Kind war. Doch nur dank der Hilfe eines Anwalts konnte die Jugendliche eine passende Lösung erreichen. Solche Fälle kennt Irène Inderbitzin, Geschäftsführerin von Kinderanwaltschaft Schweiz, zuhauf.

Jahr für Jahr berät die Organisation Hunderte Kinder und Jugendliche und ihre Angehörigen in juristischen Fällen. «Die Kinder sind angewiesen auf eine neutrale und unabhängige Anlaufstel-

le», sagt Inderbitzin. Denn nicht immer entscheide das Umfeld zu ihrem Wohl.

Kinderanwaltschaft Schweiz hat sich eher unfreiwillig zu einer Anlaufstelle für solche Fälle entwickelt. Gegründet wurde sie eigentlich als Standesorganisation zur Sicherung einer kindergerechten Justiz, mit Weiterbildungsangeboten für Anwälte sowie Informationen für Behörden und Gerichte. Nur noch bis 2020 decken Stiftungen ihre Beratungsaktivitäten für Minderjährige ab. Inderbitzin setzt sich darum mit Nachdruck dafür ein, dass der Bund eine Ombudsstelle für Kinderrechte einrichtet.

Der Zeitpunkt dafür ist günstig: Derzeit arbeitet der Bund an einer Vorlage für eine nationale Menschenrechtsinstitution. Diese soll Behörden, Unternehmen

und Private beraten und unterstützen. Als Pilotprojekt existiert die Stelle bereits seit 2011 unter dem Namen Schweizerisches Kompetenzzentrum für Menschenrechte, nun soll daraus eine ständige Einrichtung werden. Der Bund rechnet mit Kosten von einer Million Franken pro Jahr. «Es wäre sinnvoll, dieser Institution auch gleich eine Kinder-Ombudsstelle anzugliedern», sagt Inderbitzin. Sie schätzt, dass dafür eine weitere Million Franken pro Jahr benötigt würde.

So wie es aussieht, will der Bundesrat indes nichts davon wissen. Derzeit arbeiten das Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) und das Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) an der konkreten Vorlage für die Menschenrechtsinstitution – im Sommer soll sie

in die Vernehmlassung gehen. Eine Ausweitung auf eine Kinder-Ombudsstelle ist darin nicht vorgesehen, wie EDA-Sprecher Stefan von Below sagt. Der Bundesrat habe sich dagegen ausgesprochen, gebe es doch schon genügend Anlaufstellen für Kinder in den Kantonen. Zudem seien die Kosten zu hoch.

Gut möglich aber, dass er noch einmal auf seinen Entscheid zurückkommen muss. Im Parlament formiert sich eine Gruppe von Politikerinnen von links bis rechts für eine solche Stelle. Zuvorderst kämpft Nationalrätin Christine Buillard-Marbach (cvp.) für das Anliegen. Die Co-Präsidentin der Parlamentarischen Gruppe Kinder und Jugend hatte schon einmal eine Motion zum Thema eingereicht. Die Schweiz sei aufgrund der Uno-Kinder-

rechtskonvention zur Einrichtung einer Anlaufstelle verpflichtet, sagt sie. SP-Nationalrätin Yvonne Feri spricht von einer «verpassten Chance» des Bundesrates.

Barbara Keller-Inhelder (svp.) kann das Kostenargument der Landesregierung überhaupt nicht nachvollziehen: «Wenn man die horrenden Kosten von Fehlentscheiden reduzieren kann, wird sich diese Investition lohnen.» FDP-Nationalrätin Christa Markwalder will abwarten, ob der Bundesrat nicht doch noch einschwenkt auf eine Ombudsstelle: «Falls er dies in seiner Botschaft nicht vorsieht, werde ich mich in der Rechtskommission des Nationalrats dafür einsetzen», sagt sie. Ein solcher Antrag könnte angesichts der parteiübergreifenden Koalition gute Chancen im Parlament haben.